Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

5. Juli 2022

Autoverkehr reduzieren – für Klimaschutz und Lebensqualität
Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.485 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Gröling

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung setzt sich für die Reduzierung der PKW-Nutzung in Kassel ein und für eine sozial-ökologische Verkehrswende, um die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern und die Klimaschutzziele zu erreichen. Der Magistrat wird aufgefordert, dafür noch in diesem Jahr die folgenden konkreten Schritte in die Wege zu leiten:

1. **Anwohnerparken für klimaschädliche Autos verteuern:** Für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, die mehr als 1800 Kilogramm wiegen, und für Elektroautos mit einem Gewicht von über 2000 Kilogramm wird der Preis auf 365 Euro pro Jahr angehoben, für alle anderen auf 120 Euro.
2. **Teilhabe braucht Mobilität:** Die Teilhabecard berechtigt zur kostenfreien Nutzung des ÖPNV. Für dadurch entstehende Einnahmeausfälle wird eine Pauschale an die KVG gezahlt in Höhe der derzeit jährlich etwa 25.000 gekauften Mittendrintickets.
3. **Autofrei-Prämie:** Mit einer Auto-Abmelde-Prämie und einer Kommunikationsoffensive wird für die Abmeldung von privaten Pkws geworben. Wer sein Auto für mindestens 2 Jahre abmeldet und kein weiteres Auto im Haushalt angemeldet hat, erhält eine Prämie in Höhe der NVV-Kosten für ein Kassel-plus Jahresticket: Aktuell 825 Euro pro Jahr. Ggf. könnten zunächst nur eine begrenzte Zahl solcher Prämien vergeben und unter den Teilnehmern verlost werden.
4. **Innenstadt autofrei bis 2024:** Das Gebiet zwischen Fünffensterstraße, Rudolf-Schwander-Straße, Kurt-Schumacher-Straße und Steinweg wird bis 2024 zur Sondernutzungszone erklärt. Noch in diesem Jahr (2022) werden die vorhandenen oberirdischen Parkplätze abgebaut mit der Ausnahme von ausgewiesenen Ladezonen. Für die Parkhäuser innerhalb der Zone werden alternative Nutzungen entworfen bspw. kulturelle. Die Tiefgarage am Friedrichsplatz soll als einzige erhalten bleiben.
5. **Parkgebührenzonen und Bewirtschaftung ausweiten:** Für die angrenzenden Gebiete zum Innenstadtkern (Parkgebührenzone II sowie Unterneustadt) werden bis Ende 2022 die Parkgebühren auf das doppelte

Niveau der jetzigen Parkgebühren im Zentrum angehoben, um dem Parkdruck dort entgegen zu wirken.

6. Das gesamte Paket wird von einer professionellen „Charmoffensive“ begleitet, die deutlich macht, warum das Stadtleben mit weniger Autoverkehr besser wird und eine Verkehrswende für die Klimaziele dringend nötig ist.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: DIE LINKE
Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, AfD
Enthaltung: - -
abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Autoverkehr reduzieren – für Klimaschutz und Lebensqualität, 101.19.485, wird **abgelehnt.**

Dominique Kalb
Vorsitzender

Feyza Tanyeri
Schriftführerin